

V1 Das Große und Ganze im Blick: Inklusion in Sachsen voranbringen!

Gremium: LAG Soziales und Gesundheit
Beschlussdatum: 04.02.2023
Tagesordnungspunkt: 10. Weitere Anträge (V-Anträge)

Antragstext

1 Sachsen ist ein vielfältiges und diverses Land, alle Menschen, die in Sachsen
2 leben, tragen einen wichtigen Teil zu unserer Gesellschaft bei. Wir profitieren
3 von der Vielfalt aller. Die Inklusion aller Menschen ist hier grundlegend.

4 Seit fast drei Jahren sind wir Teil der Kenia-Koalition in Sachsen. Inklusion
5 von behinderten Menschen ist ein zentrales Thema für uns, in allen
6 Politikbereichen, vor allem aber in den Bereichen: Jugend- und Familienpolitik,
7 frühkindliche Bildung und Schule, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Herstellung
8 von mehr Barrierefreiheit. Wir wollen Inklusion in ihrer ganzen Vielfalt
9 voranbringen. Wir konnten bereits einiges in Sachsen erreichen: es wurden ein
10 Investitionsprogramm "Sachsen Barrierefrei" aufgelegt, das Landesblindengeld und
11 der Nachteilsausgleich wurden in 30 Jahren erstmals erhöht, Inklusion und
12 Barrierefreiheit sind auch außerhalb des Sozial- und Kultusministeriums als
13 Themen in anderen Ressorts angekommen, der Landesbeauftragte für Inklusion ist
14 seit 2022 endlich hauptamtlich tätig.

15 Wir haben einen großen Schritt erreicht, doch es braucht noch mehr.

16 Damit das gelingt, wollen wir folgende Weichenstellungen vornehmen:

- 17 • Fortschreibung Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK,
- 18 • Evaluation Sächsisches Inklusionsgesetz,
- 19 • notwendige Kostensteigerung durch Bundesteilhabegesetz in einem
20 transparenten Prozess zwischen Land und Kommunen gestalten und
- 21 • Inklusion als einen Bereich des BÜNDNISGRÜNEN Vielfaltsprozesses in
22 Sachsen mitdenken und gestalten

23 In ein barrierefreies Sachsen investieren

24 Um wirklich inklusiv in Sachsen zu leben und um Partizipation für alle
25 Sächs*innen zu schaffen, müssen wir noch sehr viele Barrieren abbauen. Vor allem
26 im öffentlichen Raum gibt es dazu einen großen Bedarf. Wir BÜNDNISGRÜNEN wollen
27 Bus und Bahn, Parks, Kitas, Schulen und Behörden barrierefrei gestalten. Auch im
28 Internet soll es weniger Barrieren geben, z.B. bei der Online-Vergabe von
29 Terminen oder digitalen Antragsformularen. Weniger Barrieren schaffen mehr
30 Teilhabe für alle – für Kinder, Eltern, Ältere, Menschen mit und ohne
31 Behinderungen. Die Investitions- und Förderprogramme "Sachsen barrierefrei-" und

32 "Lieblingsplätze sind gut Mittel und müssen weiter ausgebaut werden. Folgende
33 Prioritäten werden wir zukünftig setzen:

- 34 • Nachhaltig und langfristig in ein barrierefreies Sachsen auf allen Ebenen
35 investieren
 - 36 ◦ Uns einsetzen für
 - 37 ■ mehr barrierefreien Wohnraum in Sachsen
 - 38 ■ barrierefreien Regionalverkehr und ÖPNV in Sachsen
 - 39 ■ barrierefreien Ämter und Behörden
 - 40 ■ barrierefreien Gebäude für Kita, Schule und Kinder- und
41 Jugendarbeit
 - 42 ■ mehr Barrierefreiheit auf öffentlichen Internetseiten
 - 43 • Monitoring fehlender Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, um
44 Förderschwerpunkte zukünftig gezielter zu formulieren
 - 45 • mehr Beteiligung von Betroffenen fördern
 - 46 ◦ Besonders bei der Diskussion zu Förderschwerpunkten der
47 Investitions- und Förderprogramme sowie
 - 48 ◦ bei der Diskussion auf lokaler Ebene zur Förderung

49 Das Schulsystem inklusiver machen

50 Mit der Novellierung des Schulgesetzes 2017 hat der Freistaat Sachsen wichtige
51 Schritte hin zu einem inklusiveren Schulsystem unternommen. Die Abschaffung der
52 Förderschulpflicht, die Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts von Schüler*innen
53 mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf und die Verkleinerung von
54 Inklusionsklassen waren wichtige Meilensteine. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.
55 Konkret sehen wir folgende Handlungsbedarfe:

- 56 • Sicherung und Ausbauder inklusiven Beschulung mit zumutbaren Schulwegen in
57 allen Förderschwerpunkten durch die Kooperationsverbände,
- 58 • Zuweisung eines Schulplatzes für Schüler*innen mit sonderpädagogischem
59 Förderbedarf durch Entscheidung der Schulaufsicht, sofern innerhalb des

- 60 Kooperationsverbundes keine Einigung über den Ort der inklusiven
61 Beschulung erzielt wird,
- 62 • inklusive Beschulung von Schüler*innen im Förderschwerpunkt emotional-
63 soziale Entwicklung an allen Schulen,
 - 64 • gezielte Förderung und Unterstützung von Schulen, die sich der Aufgabe der
65 Inklusion in besonderem Maße annehmen, z.B. durch
66 Ausstattungsinvestitionen oder personelle Verstärkung,
 - 67 • Öffnung weiterer Schularten, auch der Gymnasien, für den
68 lernzieldifferenten Unterricht,
 - 69 • Weiterentwicklung der Diagnostik nach vergleichbaren Standards, auch in
70 den Förderschwerpunkten Lernen und emotional-soziale Entwicklung;
71 Aufstockung des Personals der Mobilen Sonderpädagogischen Dienste unter
72 Einbeziehung des Know-Hows von Schulen in freier Trägerschaft,
 - 73 • Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und schulischem Personal zu
74 Inklusion und zum Umgang mit Heterogenität; Ausbildung von
75 Sonderpädagog*innen an weiteren Standorten und in anderen Bundesländern
76 und
 - 77 • Einrichtung eines Beirates "Inklusive Schule in Sachsen".

78 Den Weg frei machen für eine inklusive Jugendhilfe

79 Das im Juni 2021 im Bundestag beschlossene Kinder- und Jugendstärkungsgesetz
80 (KJSG) soll es jungen Menschen mit Behinderungen deutlich erleichtern, ihre
81 Rechte zu verwirklichen und die Leistungen zu bekommen, die ihnen zustehen. Für
82 Sachsen leiten sich daraus folgende Aufgaben ab, die durch den Landtag und den
83 Landesjugendhilfeausschuss fachlich begleitet werden sollen, wie :

- 84 • eine Verankerung der Inklusion als Leitgedanken der Kinder- und
85 Jugendhilfe durch die Erarbeitung von Handlungsleitfäden und Standards in
86 der Jugendhilfeplanung zur Umsetzung auf kommunaler Ebene,
- 87 • eine grundsätzlich gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne
88 Behinderungen in Kindertageseinrichtungen (KJSG),
- 89 • Finanzierung inklusiver Betreuung in der Kindertagespflege analog zu den
90 Kitas,
- 91 • die Stärkung der Inklusion im Hort durch bessere Verzahnung mit der Schule
92 und Berücksichtigung von inklusiv betreuten Kindern im
93 Betreuungsschlüssel,
- 94 • die Erarbeitung eines Modelles der verbindlicheren Zusammenarbeit
95 beteiligter Leistungsträger, damit alle Unterstützungsangebote aus einer
96 Hand angeboten werden und Eltern bzw. betroffene junge Menschen Beratung

- 97 und Unterstützung aus einer Hand bekommen (Eingliederungshilfe,
98 Sozialhilfe und Jugendhilfe),
- 99 • der Ausbau der Beratung im Sinne der betroffenen Kinder, Jugendlichen und
100 ihrer Eltern zu konkreten Ansprüchen auf Leistungen,
 - 101 • die Ausbildung und Einführung von Verfahrenslots*in für Eltern ab 2024,
102 d.h. eine verlässliche Ansprechperson, die sie durch das gesamte Verfahren
103 begleitet, zu unterstützen,
 - 104 • die Weichenstellung bis 2027 für eine Jugendarbeit für alle junge Menschen
105 mit und ohne Behinderungen vorzunehmen,
 - 106 • die Handlungsempfehlungen zur inklusiven Jugendhilfe bei der
107 Fortschreibung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK aufnehmen,
 - 108 • die Investitionen in barrierefrei zugängliche Jugendübernachtungsstätten,
109 Jugendhilfeeinrichtungen und Jugendhäuser und
 - 110 • das landesweite Fortbildungsprogramme über das Landesjugendamt und
 - 111 • mehr Angebote für pädagogische Fachkräfte zum Erwerb einer
112 heilpädagogischen Zusatzqualifikation (HPZ) fortzuschreiben.

113 Familien und Behinderung - Unterstützung ausbauen, durch:

- 114 • frühzeitige Unterstützung von Kindern mit Behinderung oder drohender
115 Behinderung durch den Ausbau von Frühförderstellen, Kita-Sozialarbeit und
116 Stärkung des Schulvorbereitungsjahres
- 117 • Stärkung von Eltern mit Behinderung, z.B. durch eine Arbeitshilfe zur
118 Unterstützung von Eltern mit Behinderung durch den
119 Landesjugendhilfeausschuss
- 120 • die Stiftung „Hilfe für Familien, Mutter und Kind“ weiterentwickeln und
121 Unterstützung ausbauen, z.B. für Familien mit einem behinderten
122 Elternteil, die oft auf Mobilitätshilfen angewiesen sind, damit der Alltag
123 auch mit einer Einschränkung organisiert werden kann. Hier braucht es
124 dringend eine Fördermöglichkeit, um Selbständigkeit und Selbsthilfe zu
125 ermöglichen.
- 126 • Ausbau inklusiver Angebote in der Familienbildung und
- 127 • Monitoring der Familienbildungsstätten auf Barrierefreiheit.

128 Diskriminierung bekämpfen

129 Zu erfolgreicher Inklusion gehört der Abbau von Vorurteilen und die Bekämpfung
130 von Diskriminierung und Ungleichbehandlung - Ableismus.

131 Wir setzen uns für eine Bekämpfung von Diskriminierung insbesondere Ableismus
132 ein. Das Thema Ableismus muss in Förderrichtlinien, die Projekte für Demokratie
133 und gegen Diskriminierung unterstützen, mitaufgenommen werden.